

Erika Mann: Unabhängigkeit von Energieimporten stärken

Einbeck/Bad Gandersheim (oh). Im aktuellen Gasstreit warnt die SPD-Europa-Abgeordnete Erika Mann, Bad Gandersheim, davor, den Fokus zu stark auf die geplanten Energie-Infrastrukturprojekte der Europäischen Union zu richten (Nabucco-Gas-Pipeline, mediterraner Energieering für Solar- und Windstrom), die zwar notwendig, derzeit aber wenig realistisch seien. Aufgrund der gigantischen Investitionskosten könnten diese alternativen Versorgungsquellen- und -wege nur langfristige Lösungen sein. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise würden diese hohen Investitionen (vor allem für die Erschließung neuer Gasfelder im kaspischen Raum) zurzeit noch unwahrscheinlicher.

Erika Mann deutet den aktuellen Konflikt auch als Folge einer verschleppten EU-Energieaußenpolitik. Während sich die EU-Staaten immer noch vorwiegend auf nationale Interessen beschränkten und dadurch die Verhandlungen für Infrastrukturprojekte wie die Nabucco-Gas-Pipeline schwächten, baue die russische Regierung ihre geostrategische Machtposition im Gasmarkt weiter aus.

Wie wichtig alternative Energielieferanten sei, zeige sich derzeit in Niedersachsen. Das Bundesland beziehe große Mengen russisches Gas, sei aber vom aktuellen Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine weniger hart betroffen als Bundesländer im Süden Deutschlands. Hintergrund sei, dass Gasversorger aus Niedersachsen ihr russisches Gas vor allem über die Jamal-Europa-Pipeline beziehen, die an der Ukraine vorbei durch Weißrussland und Polen führt. Auch die

geplante Ostsee-Pipeline könnte, falls sie realisiert wird, Niedersachsen mehr Energiesicherheit bieten.

Die Hintergründe des aktuellen Gasstreits seien weitaus komplexer als noch 2006, so Erika Mann weiter. Es sei undurchsichtig, wer auf der ukrainischen Seite die Verhandlungen maßgeblich beeinflusst habe. Sie vermutet, dass auch ukrainische Oligarchen der energieintensiven Schwerindustrie wie Stahlproduktion ihre Macht im Gasstreit ausspielen. Es sei auch weitgehend unsicher, was Russland eigentlich im Gasstreit erreichen möchte.

Die EU müsse auf langfristige Gaslieferverträge zwischen Russland und der Ukraine drängen, wolle sie nicht weiter Spielball von Verhandlungen sein. Erika Mann: »Dieser Konflikt ist nur ein weiterer symptomatischer Fall, der zeigt, wie anfällig die europäische Energieversorgung über Importe ist und warum die EU von diesen Importen unabhängiger werden muss. Unser Ziel muss eine gleichberechtigte Energiepartnerschaft mit Moskau sein«, unterstreicht die EU-Abgeordnete. Die EU sollte mehr Stärke in den Verhandlungen mit Russland und der Ukraine zeigen. Mann begrüßt, dass nach den neuen Gesprächen eine Delegation aus russischen, ukrainischen und europäischen Beobachtern Transparenz in den Konflikt bringen soll. Diese Beobachter könnten langfristig keine Lösung sein, kurzfristig aber für eine Entspannung im Gasstreit sorgen.

Erika Mann ist Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel, ein Teil ihrer Familie stammt aus der Ukraine. *EH 13. 01. 09*